



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/T/166

20. Juli 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Kommentar zur Truman-Botschaft	S.1
Der rumänische Mequis in Tätigkeit	S.3
Gewerkschaften machen Ernst	S.5
Goebbels' Schatten überm Rundfunk	S.7

Alarm für den Frieden

sp. Trumans Gesuch an den Kongress um 10 Milliarden Dollar und weitgehende militärische und wirtschaftliche Vollmachten ist eine alarmierende Maßnahme. Aber sie weckt nicht Furcht, sondern Hoffnung, dass es nun eher gelingen werde, den Frieden zu retten. In Korea freilich dürfte der Krieg noch lange weitergehen.

Praktisch bedeuten die Botschaft Trumans und die damit zusammenhängenden Maßnahmen den im Bewusstsein voller Verantwortung vollzogenen Übergang von der Phase der ersten, improvisierten Reaktion zum Abschnitt der langfristigen Planung unter Einsatz der ganzen Kraft der USA für die Korea-Unternehmung. Der bisherige Eindruck von der amerikanischen Festigkeit wird drastisch bestätigt, Spekulationen auf eine zunehmende Nachgiebigkeit im Weissen Haus und im Kongress als Folge der anfänglichen militärischen Rückschläge sind fehlgeschlagen. Im Gegenteil: die Anstrengungen werden vervielfacht.

Die Truman-Botschaft ist zugleich die Erwiderung auf die unzureichende Antwort Stalins auf die verschiedenen bisher erfolgten Vermittlungsvorschläge. Der Kzempl wird jetzt erkennen müssen, dass man sich nach der Herausforderung des 24. Juni nicht mehr durch diplomatische Tricks und neue Forderungen abspesen lassen will, die,

erfüllte man sie, nur als Schwäche ausgelegt werden und der Ermunterung dienen würden, die Forderungen zu verdoppeln. Dass dessen ungeachtet die Gespräche zwischen Kelley und Gromyko in Moskau weitergeführt werden sollen, ist eine Sache für sich. Aber auch bei ihnen geht man von der Voraussetzung aus, dass ein Präventivkrieg sich unter keinen Umständen lohnen darf.

Überall in der Welt, soweit sie nicht durch äussere Einwirkung oder jahrzehntelange Gewohnheit gezwungen ist, sowjetisch zu sehen und zu denken, hat man den Überfall auf Südkorea als eine russische Lotung aufgefasst, die Tiefe der amerikanischen Geduld zu erforschen - eine Unternehmung, die durch eine Art Friedenshysterie der Moskauer Machthaber nur schlecht getarnt war. Die Männer in Moskau müssen spüren, dass das Senkblei jetzt den Boden erreicht hat. Klarer als es geschehen ist, konnte ihnen nicht gesagt werden, dass die Grenze des Zumutbaren nicht nur erreicht, sondern überschritten worden ist. Es ist sogar zu vermuten, dass die deutliche Sprache Washingtons in Moskau richtig verstanden wird, auch wenn in den nächsten Tagen noch eine Flut von giftigen Gegenäusserungen aus der russischen Hauptstadt zu erwarten ist.

Hat man aber dort, wo allein die Entscheidung über Krieg oder Frieden auf einem weiteren Felde liegt, begriffen, wie die Dinge stehen, dann sind die Erklärungen und Maßnahmen Trumans und seines Kongresses gerade wegen ihres eindeutigen und sozusagen undiplomatischen Charakters ein grosser Schritt vorwärts aus der Furcht vor einem neuen Weltkrieg und hin zur Hoffnung auf die Gewinnung des Friedens - vielleicht für eine gute Spanne Zeit.

- - -

Der rumänische Maquis in Tätigkeit

Ein nach Westdeutschland geflüchteter rumänischer Journalist schreibt uns:

Als 1948 der Bukarester Militärgerichtshof unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Anzahl ehemaliger Offiziere zum Tode verurteilte, dachte man an einen vereinzelt Versuch rumänischer Patrioten, ihr Land durch einen ebenso heldenhaften wie aussichtslosen Kampf von den Kommunisten zu befreien.

Die scharf zensierte Presse Rumäniens erwähnte diesen Prozeß mit keiner Silbe, was einigermaßen befremdete, da man sonst den sogenannten Hochverratsprozessen die grösste Aufmerksamkeit schenkte. Erst viel später, als die Aktionen des rumänischen Maquis, wie sich die Widerstandsbewegung nennt, immer häufiger wurden und an Umfang zunahmen, sodass sie nicht mehr mit Schweigen übergangen werden konnten, begannen auch die Bukarester Zeitungen ab und zu von Todesurteilen zu berichten, die durch die Militärgerichtshöfe von Jassy, Temeschvar, Craiova, Bukarest oder Brasow gegen Mitglieder des Maquis verhängt wurden. Allerdings versuchte die kommunistische Presse, die militärische Tätigkeit der Widerstandsbewegung zu bagatellisieren.

Aber schon die Streuung der Prozesse über das ganze Land und ihre immer grösser werdende Zahl beweisen, dass es sich nicht um einen vereinzelt Versuch antikommunistischer Elemente handelt, sondern um eine sich immer mehr und mehr im Lande ausbreitende Tätigkeit einer militärisch organisierten Widerstandsbewegung, der fast alle Schichten des unterdrückten Landes in allen seinen Provinzen angehören.

Am 11. März d. Js. wurde die sowjetische Militärkommandantur von Focschani in die Luft gesprengt, wobei eine Anzahl hoher sowjetischer Offiziere teils den Tod fand, teils schwer verwundet wurde. Die sofort von den Offizieren der M.W.D. durchgeführte Untersuchung verlief im Sande. Am 26. April griff der im Raume von Campulung-Muscel operierende Maquis das Munitionsdepot des Infanterieregimentes Nr. 30 an, das sich in der Gemeinde Lucesti befindet und erbeuteten zahl-

reiche Waffen und Munitionskisten. Die kleine, das Lager bewachende Mannschaft, wurde nach kurzem Gefecht getötet.

Des weiteren berichtete I. Skidarenko, Leutnant der Sowjetarmee, dem die Flucht nach Deutschland gelang, in Regensburg von heftigen Kämpfen in den Bergen von Ciudei, Putna und Crazna in der Nordbukowina zwischen starken militärischen Verbänden und Einheiten der Widerstandsbewegung, wobei das sowjetische Militärkommando sogar Bomber einsetzen musste.

Kürzlich aus Rumänien nach Israel eingewanderte Personen berichten, daß die Sabotageaktionen in den Industriezentren Rumäniens immer häufiger werden. Aus diesem Grunde sah sich die Regierung veranlasst, die Polizeitruppen zu verdreifachen, nach sowjetischem Muster militärisch zu organisieren und mit modernen Hand-Schnellfeuerwaffen auszurüsten. Ausserdem wurde eine Industriepolizei ins Leben gerufen, die aus verlässlichen Kommunisten besteht und in den Fabriken die Arbeiter scharf kontrolliert.

Ob alle diese Maßnahmen die allgemeine Gärung einer 15-Millionen-Bevölkerung, die zu 85% aus Bauern besteht und fast nahezu ebenso anti-sowjetisch wie anti-kommunistisch eingestellt ist, auf die Dauer unterdrücken können, ist fraglich. Ebenso fraglich wie der Erfolg der jüngst geplanten, grossen militärischen Maßnahmen gegen die in den Bergen Rumäniens versteckten Widerstandsgruppen.

Wie unsicher sich das Regime fühlt, geht aus den "schlagartigen" Aktionen im Mai hervor. In der Nacht auf den 5. Mai wurden im ganzen Land im Zuge einer wohl vorbereiteten Aktion über 400 ehemalige Offiziere verhaftet, darunter bekannte Generale wie Mihail, Ilasievici und Modreanu. Am 20. Mai wurde ein ähnlicher Schlag gegen die Garde der ehemaligen Politiker geführt. 1300 Personen wurden in Bukarest, 1700 in der Provinz aus den Betten heraus verhaftet und an unbekannte Orte gebracht. Viele ehemalige Minister befanden sich darunter, wie Dini Bratianu, Manolescu-Srtunga, Gh. Bratianu, Gh. Tatarescu, Constantin Argetoianu, Valer Pop usw. Manche davon haben das 80. Lebensjahr erreicht und die meisten hatten sich seit zehn Jahren jeder politischen Betätigung enthalten. Diese Maßnahme kann nur als Vergeltungsakt gegen die Tätigkeit des Maquis betrachtet werden.

Gewerkschaften machen Ernst

Von S. Neumann-Hannover

Bundesvorstand und Bundessusschuss des Deutschen Gewerkechaftsbundes beschlossen am 18. und 18. Juli 1950 in Düsseldorf, alle gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes einzusetzen.

Dass es sich bei diesem Beschluss nicht etwa nur darum handelt, den Mund zu spitzen, sondern auch, wenn notwendig, zu pfeifen, darauf deutet der Umstand hin, dass gleichzeitig beschlossen wurde, sofort alle notwendigen Vorbereitungen zur Einleitung gewerkschaftlicher Maßnahmen zu treffen. Von diesem Beschluss konnten nur jene Teile der Öffentlichkeit überrascht werden, die aus der bisherigen übergrossen Duldsamkeit und Konzessionsbereitschaft der Gewerkschaften, aus ihrem Verantwortungsgefühl gegenüber der gesamten Volkswirtschaft und dem demokratischen Staat den falschen Schluss zogen, dass die Haltung der Gewerkschaften ein Zeichen ihrer Schwäche oder ihrer mangelnden Kampf- und Entschlußfähigkeit sei.

Bereits unmittelbar mit der Neukonstituierung der Gewerkschaften in den Westzonen im Jahre 1945/46 zeigte es sich, dass die Gewerkschaftsführung nicht bereit war, einfach dort fortzusetzen, wo sie 1933 aufgehört hatte resp. aufhören musste. Zwar wurde auch bereits in der Weimarer Republik die Idee von der "Wirtschaftsdemokratie" innerhalb der Gewerkschaften entwickelt, aber im wesentlichen beschränkten sich damals die Gewerkschaften auf Lohn- und Tarifverhandlungen, auf Einflußnahme auf die Sozialgesetzgebung, mit dem Ergebnis, dass die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums, umgemünzt in politische Macht, ein sehr wesentliches Hilfsmittel bei der Machtergreifung der Nazis wurde. Dass sich dieser Zustand nicht noch einmal wiederholen sollte, war Allgemeinut nicht nur der ehemaligen Führer der freien Gewerkschaften, sondern auch der christlichen Gewerkschaften geworden.

Solange es aber noch keine politische Zentralgewalt in Westdeutschland gab, solange auch noch die Gewerkschaften nach Zonen und Ländern geteilt waren, konnte weder der gewerkschaftliche Wille geformt, noch an die ernsthafte Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes herangegangen werden. Vereinzelt Versuche über Betriebsvereinbarungen bildeten zwar Ansatzpunkte und die erfolgreichen Experimente in den "entflochtenen Betrieben" bewiesen allen, die guten Willens waren und die Tatsachen objektiv bewerteten, dass es sich bei den Vorstellungen der Gewerkschaften

nicht um irgend welche "weltfremde Doktrinen" oder gar um Machtansprüche "betriebsfremder Elemente" handelte. Es ist heute nicht uninteressant, daran zu erinnern, dass 1946/47 der damalige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Kläckner-Werke, Dr. Jarrea, dass die Herren der Gute-Hoffnung-Hütte, Reusch und Hilbert u.v.a. Herren der Schwerindustrie bereit waren, den gewerkschaftlichen Wünschen auf Mitbestimmungsrecht im vollen Umfange zu entsprechen. Daran wollen die gleichen Herrschaften heute sicherlich nicht mehr erinnert werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn man glauben würde, dass man mit billigen Redensarten von der "Würde des arbeitenden Menschen", mit Scheinkonzessionen, das überbetriebliche Mitbestimmungsrecht betreffend, die Millionenmassen der Arbeitnehmerschaft vom Kampf um das Mitbestimmungsrecht abhalten kann.

Die "Klausur"-Tagung in Maria-Laach, ursprünglich auf drei Tage vorgesehen, wurde nach zwei Tagen abgebrochen. Eine Falschmeldung vom 7.7.1950 erweckte den Anschein einer "weitgehenden Einigung", die sofort vom DGB dementiert wurde. Es hat den Anschein, dass diese und ähnliche Pressemeldungen feststellen sollten, ob die Gewerkschaften noch weitere Kompromisse zu machen bereit seien. Die Gewerkschaften waren in und vor Maria-Laach in einem erheblichen Maße kompromissbereit gewesen. So liessen sie mit sich darüber reden, ob das in ihrem Gesetzentwurf vorgesehene Mitbestimmungsrecht der Großbetriebe für Betriebe ab 300 Belegschaftsmitgliedern oder gar erst ab 500 und mehr Geltung haben sollte. Sie hatten zwar einen Gesetzentwurf bereits am 14. April 1950 den Fraktionen des Bundestages zugeleitet, drängten in Anbetracht der Verhandlungen aber nicht auf die Beratung ihres eigenen Gesetzentwurfes im Bundestag.

Kein verantwortungsbewusster Staatsbürger wird leichtfertig mit dem Arbeitsfrieden spielen und bereit sein, das Wirtschaftsgefüge unserer Bundesrepublik durch Wirtschaftskämpfe, wochen- und monatelange Streiks, wie wir sie in den letzten Jahren in den USA erlebt haben, zu erschüttern. Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren ausserordentlich viel Verantwortungsbewusstsein und ein erstaunliches Maß an Kompromissbereitschaft und Geduld bewiesen. Sie wenden sich aber entschieden dagegen, dass diese Geduld zum Spekulationsobjekt ihrer Gegenspieler gemacht wird. Wenn sie sich daher jetzt gezwungen sahen, Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung von Mindestforderungen anzukündigen, so fällt die Verantwortung für die möglichen Folgen allein auf die Gegenseite.

Goebbels' Schatten überm Rundfunk

Rundfunksendungen, die, ans Ausland gerichtet, vom Leben, den Wünschen und Sorgen des eigenen Landes umfassend und ehrlich berichten, sind ein wirksames Mittel zur Völkerverständigung. Wir haben bis jetzt auf diese Verbindung zur Umwelt verzichten müssen. Sie wurde uns vorenthalten, weil die Erinnerung an die deutschen Auslandssendungen, wie sie zwischen 1933 und 1945 - und auch in den Vorkriegsjahren - zu hören waren, vor ihrer Wiederaufnahme warnen mussten. Die staatlich gelenkten Sendungen jener Jahre sollten für das Nazi-Regime im Ausland werben, tatsächlich trennten sie Deutschland von seiner Umwelt.

Seit Wochen wird nun von Projekten der Regierung in Bonn für einen Auslandsrundfunk gesprochen. Versuchsweise werden Pläne des Bundespressesamtes und der Regierungsparteien in die Öffentlichkeit gebracht, um dementiert zu werden, wenn ihre Tendenz zur staatlichen Rundfunkherrschaft auf Ablehnung stößt. Das hindert aber nicht, dass die Bemühungen um den Regierungsrundfunk hinter den Bonner Kulissen weitergehen.

Nichts kann unserem Ansehen mehr schaden, als ein Rückgriff auf die Methoden der Goebbels und Ribbentrops. Der Rundfunk soll die Freundschaft zwischen Deutschland und der Welt vertiefen, er soll nicht ein zusätzliches Mittel der diplomatischen Auseinandersetzungen sein. So kann auch, ganz abgesehen von der Tendenz zum Totalitarismus, die ja der einmal begonnenen Verstaatlichung der Rundfunksendungen innewohnt, nicht genug vor dem Gedanken gewarnt werden, die unglückliche Politik der Nebendiplomatie durch Presseinterviews nun etwa durch entsprechende Rundfunksendungen fortzusetzen.

Rundfunksendungen als unabhängige deutsche Stimme zum Ausland sind genauso notwendig, wie der seit langem geforderte freie Sender Berlins als Sprachrohr zum Bundesgebiet und zur Ostzone. Die Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Rundfunkintendanten sollte sich dieser Aufgabe annehmen und Pläne für einen Auslandsfunk als Gemeinschaftswerk der westdeutschen Sender ausarbeiten. Ein Abgleiten der Sendungen in unangebrachte Einseitigkeit könnte durch eine beratende Mitwirkung des Bundestagsausschusses für auswärtige Fragen verhindert werden. Auch die berechtigten Interessen der Regierung würden durch eine solche Mitarbeit der Volksvertretung gewahrt bleiben.

Die Planungen für den Auslandsfunk mögen diesen oder anderen Wegen folgen. Jeder Versuch, ihn frei zu entwickeln, hat Berechtigung. Die Einrichtung eines Regierungsrundfunks aber würde zeigen, dass man seit Goebbels' Zeiten nichts hinzugelernt hat. Schon seine Planung muss die Befürchtung erwecken, dass die anlässlich der Revision des Besatzungsstatutes erhoffte Rückgabe der vollen Rundfunkhoheit erneut von ihrem Missbrauch gefolgt sein wird.

J.F. Warner